

Bürgermeister Dr. Storch begrüßt die Herren Leif Reitis und Thomas Mehrer von der Rhenag. Der Bürgermeister geht kurz auf die Vorbesprechungen ein und schildert die Notwendigkeit eines Ratsbeschlusses.

Vor Eintritt in die Vorstellung der „energienatur“ spricht Herr Scholz § 7 der Konsortialvereinbarung an. Darin wird besondere Vertraulichkeit angemahnt. Er fragt nach der diesbezüglichen Relevanz.

Vor der Vorstellung geht Herr Mehrer kurz auf den Wortbeitrag von Herrn Scholz ein und verweist auf den Status einer „Mustervereinbarung“, die nicht der Vertraulichkeit unterliege. Die Vertraulichkeit entstehe im Grunde erst mit der Vereinbarung über konkrete Projekte. Desweiteren verweist Herr Mehrer auf einen Vortrag über Struktur und Arbeitsweise der „energienatur“. Anhand eines Folienvortrages informiert Herr Reitis die Mitglieder des Hauptausschusses ausführlich über Struktur, Arbeitsweise und Projektmöglichkeiten der „energienatur“. Der Vortrag ist als **Anlage 1** der Niederschrift beigelegt.

Herr Sonntag bedankt sich für die Ausführungen und das dargestellte Angebot sowie die Initiative, auch vom „Kirchturmdenken“ wegzukommen.

In der Folge werden einige Verständnisfragen gestellt und seitens der Rhenag-Vertreter beantwortet.

Herr Meeser geht auf § 5 der Konsortialvereinbarung ein. In Abs. 2 seien einige Arten an Aktivitäten herausgenommen worden. Außerdem fragt er, ob es andere Versorger bzw. vergleichbare Angebote gebe.

Herr Reitis erklärt, dass man sich auf die reine Energieerzeugung konzentrieren wolle. Energieeffizienz sei nicht das eigentliche Kerngeschäft der Rhenag. Herr Mehrer ergänzt, dass die bekannten Unternehmen eher größer und nationaler ausgerichtet seien. Die Rhenag sei diesbezüglich anders orientiert und arbeite eher als regionaler Anbieter und Versorger. Wichtig sei auch, dass die Gesellschaft keine Personalkosten habe, da dies über die Rhenag laufe. Ziel sei es, die Gesellschaft sehr schlank zu gestalten.

Frau Miethke geht auf die Windkraftanlagen ein. So habe sich der Landrat nicht engagiert für die Windkraft eingesetzt. Sie fragt, wie sich das Unternehmen dies vorstelle.

Herr Mehrer verweist auf eine bundes- bzw. länderübergreifende Zusammenarbeit. So erstreckte sich das Versorgungsgebiet vom Rhein-Sieg-Kreis bis in den rheinland-pfälzischen Bereich, z.B. den Westerwald. Dort würde ein Portfolio an Projekten aufgebaut, die aufgrund der Geodaten auch Hoffnung auf die Realisierung von ein bis zwei Projekten machten. Ein weiteres verspreche ebenfalls gute Umsetzungschancen. Aus Vertraulichkeitsgründen wolle er aber den Standort noch nicht nennen.

Herr Dr. Peeters findet das vorgestellte Geschäftsmodell interessant. Gleichwohl verstehe er nicht, wieso die Blockheizkraftwerke ausgeschlossen seien. Das Geschäftsmodell Sorge ja eher dafür, dass die Netzprobleme verschärft würden. Der durch Solar- und Windenergie lasse sich nun einmal nicht „gut regeln“. So bestehe die Gefahr, dass das Modell aufgrund von Handlungsvorgaben der Bundesregierung infrage gestellt werde. BHKW's hingegen seien ein gutes Regelinstrument. Vor allem nennt der die Problematik der Speicherung.

Herr Mehren bestätigt, dass sich die Rhenag bis dem Thema Speicherung stark beschäftigen werde. Die Netze der Rhenag biete hierfür sicher eine gute Voraussetzung. Zum Thema BHKW usw. ständen Vertreter der Rhenag in Bezug auf Beschaffung und Betrieb uneingeschränkt zur Verfügung. So würden an verschiedenen Standorten Projekte realisiert. Ziel der „energienatur“ sei es, dies alles in Balance zu halten.

Herr Gräf findet es wichtig, dass man die Potentiale Erneuerbarer Energien hier in der Region ausschöpfe. Bei solchen Themen benötige man einen starken Vertragspartner. Wichtig sei auch, dass der Mehrwert in der Region verbleibe. Die FDP-Fraktion sehe das Projekt sehr positiv.

Für Herrn Scholz ist die Sache noch nicht „ganz rund“. Es gebe außerdem viele Entwickler. Er wisse nicht, ob es sinnvoll sei, sich so festzulegen. Aufgrund der Vereinbarung lege man die Kommunen in gewisser Weise schon an die Kette.

Auf eine Antwort auf die Anmerkung wird verzichtet, da die Aussage von Herrn Scholz eher als Statement gewertet wird.

Der Bürgermeister lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.